Der Kampf der Ideen

geschrieben von WebAdmin | 24. Juli 2016

Es erscheint paradox: Der Sozialismus, die beherrschende Ideologie des Sowjetimperiums, ist seit dem Fall der Berliner Mauer im Jahr 1989 in der Schweiz nicht zurückgewichen, sondern vorgerückt.

Ab 1990 schnellte die Staatsquote in sechs Jahren von 28 auf 33 Prozent des Bruttoinlandprodukts, und die Schuldenquote der Schweiz stieg in 13 Jahren von 29 Prozent auf 51 Prozent an (2014: 35 Prozent). Die Ausgaben für die soziale Wohlfahrt kletterten in nur zehn Jahren von 22 auf 31 Prozent des Bundeshaushalts.

Gleichfalls ab 1990 holten die linken Parteien im Ständerat von einem Zehntel der bürgerlichen Sitze auf ein Drittel auf, während sie im Nationalrat bei einem Drittel der bürgerlichen Sitze verharrten. Die linken Parteien blieben den bürgerlichen immer deutlich unterlegen. Der Linkskurs in der nationalen Politik nach 1989 lässt sich also nicht mit dem Kräfteverhältnis zwischen linken und bürgerlichen Parteien erklären. Es scheint, dass das bürgerliche Lager selbst sich weltanschaulich verändert hat.

BEISPIEL UMWELTPOLITIK

Ein Beispiel für die Verschiebung der ideologischen Kräfteverhältnisse liefert die heutige Umwelt- und Klimapolitik. Aus den Studentenprotesten in den 1960er Jahren hervorgegangen, war die Umweltschutzbewegung bis Ende der 1970er Jahre eine Domäne der Linken. Allmählich erfasste die Ökologie auch das bürgerliche Lager und setzte dem dort bestehenden Natur-

und Heimatschutz seinen linken Stempel auf. Ausdruck der neuen parteiübergreifenden Ausrichtung war die Verabschiedung des Umweltschutzgesetzes 1983 und der darauf abgestützten Verordnungen über die Luftreinhaltung (1985), umweltgefährdende Stoffe, Boden-Schadstoffe und den Lärmschutz (alle 1986) sowie Abfälle (1990).

Bürgerliche und Linke setzten unterschiedliche Akzente – Bürgerliche wiesen stets auch auf die Kosten hin und zielten stärker auf technische Massnahmen, während Linke das Schutzziel über alles stellten und auch auf gesellschaftliche und globale Veränderungen abzielten. Doch die linke Stossrichtung setzte sich schliesslich gegen die bürgerliche durch. Jüngste Beispiele sind die Klimapolitik mit dem 2011 verabschiedeten CO2-Gesetz und das

Vorhaben einer Energiewende, deren Energiestrategie 2050 voraussichtlich im Herbst dieses Jahres im Parlament zur Schlussabstimmung kommen wird.

DIE IDEE EINER ENERGIEWENDE

Das Ziel in der Energiestrategie 2050 ist der Verzicht auf Kernkraftwerke, verbunden mit

einer Senkung des CO2-Ausstosses auf unter ein Viertel gegenüber 1990. Anders als bei früheren Umweltschutzmassnahmen, die wenigstens das Leben der Bürgerinnen und Bürger

verbesserten, bringt die Energiestrategie 2050 keinen fassbaren Nutzen, werden doch weltweit neue Kernkraftwerke gebaut, und der CO2-Ausstoss steigt global stark an –

namentlich in China, Indien, Südostasien und im Nahen Osten. Der Vorteil einer schweizerischen Energiewende existiert einzig in der Vorstellung. Real sind dagegen die enormen Kosten für

die schweizerischen Konsumenten, die Landschaft und die Wirtschaft. Real sind auch die gesellschaftlichen Veränderungen und der Rückschritt, die sie mit sich führen, und die mit Formulierungen

wie «2000-Watt-Gesellschaft », «ökologischer Fussabdruck eins» oder «ökologische Gerechtigkeit» verschleiert werden.

Den Auftrag zur Entwicklung der Energiestrategie

2050 erteilte das nationale Parlament. Am 18. März 2011, eine Woche nach dem Kernkraftwerk-Unfall in Fukushima, reichte die Grüne Fraktion einen Vorstoss ein, der den schrittweisen

Ausstieg aus der Kernenergie verlangte. Der Nationalrat hiess ihn mit 108 zu 76 Stimmen gut. Für den Vorstoss stimmten alle SP-, Grüne- und BDP-Vertreter sowie fast alle CVP-Vertreter (30

Stimmen bei einer Gegenstimme und vier Enthaltungen) und fast jeder dritte FDP-Parlamentarier. Gegen den Vorstoss stimmten die ganze SVP-Fraktion und gut jeder zweite FDP-Vertreter (19 zu zehn Stimmen

bei fünf Enthaltungen). Die zuständige Bundesrätin Doris Leuthard (CVP), bis zu jenem Zeitpunkt für ihre Befürwortung von Kernkraftwerken bekannt, änderte in wenigen Tagen ihre Position und

vertritt seither konsequent einen Ausstieg aus der Kernenergie. Ohne bürgerliche Unterstützung gäbe es heute also keine Energiestrategie 2050. Wie kam es dazu?

DIE IDEOLOGISCHEN WURZELN

Die Idee

einer Energiewende geht weltanschaulich wie die

Umweltpolitik auf die 1968er Bewegung, die

Botschaft von «Grenzen des Wachstums» und die

Ölkrisen in den 1970er Jahren zurück. Die

1968er Bewegung war zum einen vom Marxismus beeinflus

st, das heisst von den Ideen des Klassenkampfs und

der Revolution, zum andern vom Hedonismu

s, wonach ein grösstmöglicher Lustgewinn

erstrangig erstrebenswert ist und das Gefühl

dem Verstand vorgeht. Der revolutionäre Zorn

richtete sich gegen den Kapitalismus und gegen die

herkömmlichen Gemeinschaften: die Familie,

die Kirche, die Nation. Seine Methode

waren Dekonstruktion, Spott und Zerstörung. Mit

der 1968er Bewegung drang progressives

linkes Gedankengut über die Kultur in alle

gesellschaftlichen auch bürgerlichen Schichten

und erfasste sämtliche Lebensbereiche.

Auftraggeber des 1972 veröffentlichten Buches

«Die Grenzen des Wachstums» war der 1968

gegründete Club of Rome, ein lockerer Zusammenschluss

von Wissenschaftlern und Industriellen, die

nichts weniger als die Untersuchung, Darstellu

ng und Deutung der «Lage der Menschheit» unter

Berücksichtigung der ökonomischen, ökologisc

hen und sozialen Bedingungen zum Ziel hatten.

Mit dem Buch zog Angst vor dem Weltuntergang in

die Wissenschaft ein.

Die Ölkrisen

von 1973/74 und 1979/80, die durch den Jom-

Kippur-Krieg und die islamische Revolutio

n in Iran ausgelöst worden waren, äusserten sich in

einem starken und sprunghaften Preisanst

ieg für Erdöl aufgrund einer drastischen

Drosselung der Erdölförderung in arabischen

Ländern. Sie führten den westlichen

Industrienationen deren Abhängigkeit von fossilen

Brenn- und Treibstoffen vor Augen und hatten

staatliche Massnahmen zur Sicherung der

Energieversorgung zur Folge. Seither greift

der Staat immer tiefer in die Energieversorgung

ein.

Die Ökologiebewegung entstand

unter dem Einfluss dieser Entwicklungen. Stellvert

retend genannt seien das 1962 erschiene ne Buch

«Silent Spring» der Biologin Rachel Carson

gegen den Einsatz von Pestiziden, die 1971

gegründete Organisation Greenpeace und das

1973 publizierte Buch «Small is Beautiful» des

Ökonomen Ernst Friedrich Schumacher, in dem dieser

sich gegen Grosstechnik und die Industrie

gesellschaft aussprach. Mit der Ökologiebewegung

verbanden sich geistige Strömungen wie der Pazifismu

s und der Feminismus sowie spirituell-religiöse

Ideen (zum Beispiel New Age). Seither werden

Technik und Zivilisation als zerstörerische

Kräfte angesehen.

Alle diese

Einflüsse finden wir in einer Energiewende

wieder: klassenkämpferisches Misstrauen gegen

die Energiewirtschaft (insbesondere die Stromwirt

schaft), revolutionärer Fanatismus im grundlege

nden Umbau der Energieversorgung und in der

Unempfindlichkeit für die Folgelast. Auch zeigt es

sich in der Angst vor dem Weltuntergang in Form von

Kernkraftwerken oder der Klimaveränderung, ein

stetig wachsender Staat sowie die Ablehnung von

Grosstechnik (Kernkraftwerke, Staudämme) und die

Vorliebe für eine dezentrale Energieerzeugung

und - speicherung.

«MAR

SCH

DURC

H

DIE

INST

ITUT

IONE

N»

Dass

Grüne, die

aus

link

en

Bewegungen

herv

orge

gang

en

sind

,

und

Link

e,

ideologisch

dera

rt

bese

elt

eine

Ener

giew

ende

vorb

ehal

tlos

unte

rstü

tzen

,

lieg
t
auf

der

Hand

, da

sie

auf

ders

elbe

n

welt

anschauliche

n

Grun

dlag

e

beru

hen.

Erst

aunl

ich

ist
dage
gen,

dass

ihr

Geda

nken

gut

jens

eits

vom

trad

itio

nell

en

Natu
r-
und

Heim

atsc

hutz

in

bürg

erli

chen

Krei

sen

Fuss
gefa
sst

hat.

Eine

Erkl

ärun

g

dafü

r

ist

der

star
ke
Einf

luss
der
1968

er

Bewe

gung

auf

die

Kult

ur.

Verb

unde

n

damit

ist

der

«Mar

sch

durc

h

die

Inst

itut

ione

n»,

das

heis

st

die

schl

eich

ende

Verä
nder
ung

der

Gese

llsc

haft

durc

h

die

1968

er

Generation

an

den

Univ

ersi
täte
n

und

Schu

len,

in

den

Medi

en

und

im

Staat. Gesc

hich

tlic

h

gese
hen
ware

n es

erst

Link

e,

die

ihre

n

Gegn

er,

das

Bürg

ertu

m,

für

dess

en

Ideo

logi

e

krit

isie

rt

haben.

Sich

selb

st

nur

den

ange

blic

hen

Bewe

gung

s-

und

Entwicklungs

gesetzender

Natur und

der
welt
verp

flic

htet

glau

bend

,

rich

tete

sich

ihre

Kritik gegen

n

die

bürg

erli
che
Ideo

logi

e,

die

sie

als

«fal

sche

s

Bewu

ssts

ein»

beze

ichn

eten

.

Ihre Kritik

war,

aus

dem

Marxismus

komm

end,

theo

reti

sch

und

ideologisch

hoch

entw

icke

lt

und

rhet

oris

ch

aggr

essi

v.

Heute sind

es

mehr

heit

lich

Bürg

erli

che,

die

ihre

n

Gegn

er

für

dessen

Ideologie

kritisieren.

Sich

selb

st

halt

en

sie

aber

für

ideo


logi
efre
i _

sach

lich

,

pragmatisch,

lösu
ngso
rien

tier
t.
Das

ist

ihre

Schw

äche

.

Sie

blen
den
aus,

dass

auch

ihre

Positionen

auf

einem

ideo
logi
sche

n,

das

heis

st

welt

ansc

haul
iche
n

Boden steh

en,

sei

es

der

Libe

rali

smus

,

der

Katholizismus

s,

der

Prot

esta

ntis

mus

oder

auch

der

Nationalismu

S. Deshalb

ist

ihre

Krit

ik

an

Link

en

häufig

ster

il

und

wirk

ungs

los.

Sie

über

sehe

n

dabe

i

den

Einf

luss

der

aus

der

1968er Bewe

gung

über

die

Kultur in

die

bürg

erli

chen

Part

eien

eing

edru

ngen

en

link

en

Idee

n.

Sie

habe

n

ideo

logi
sch
kapi

tuli

ert.

AU

SE

IN

AN

DE


RS


ET

ZU


NG

SU

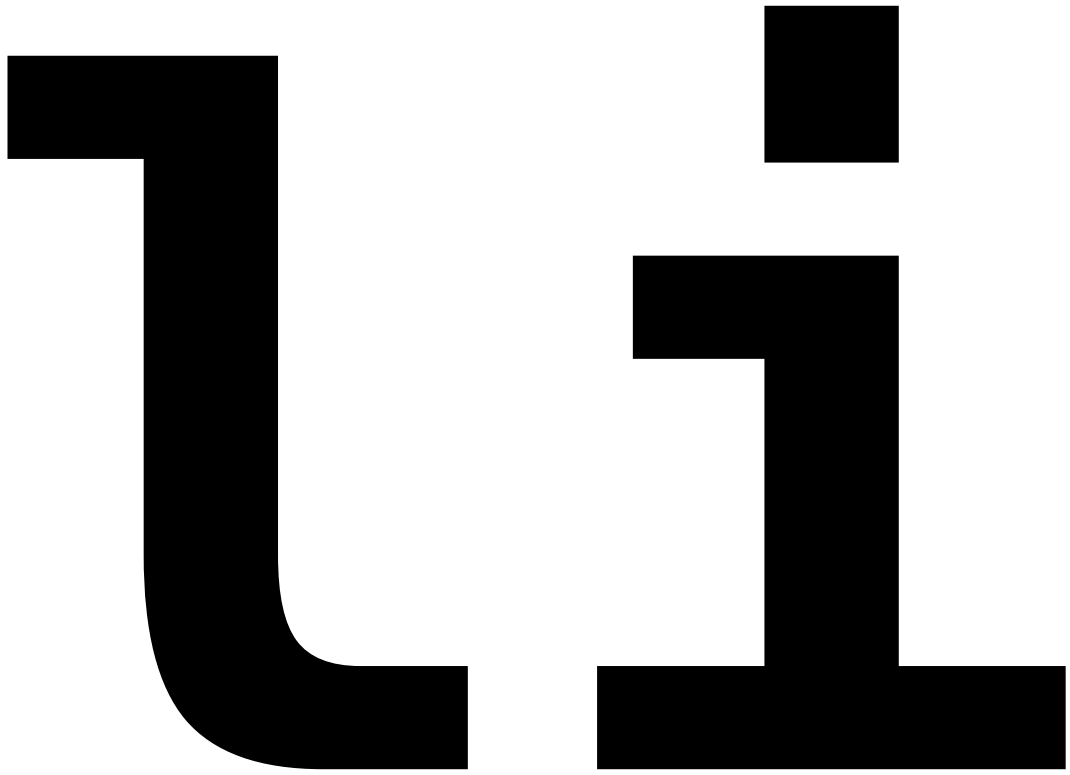

CH

EN

Bü

rg

er

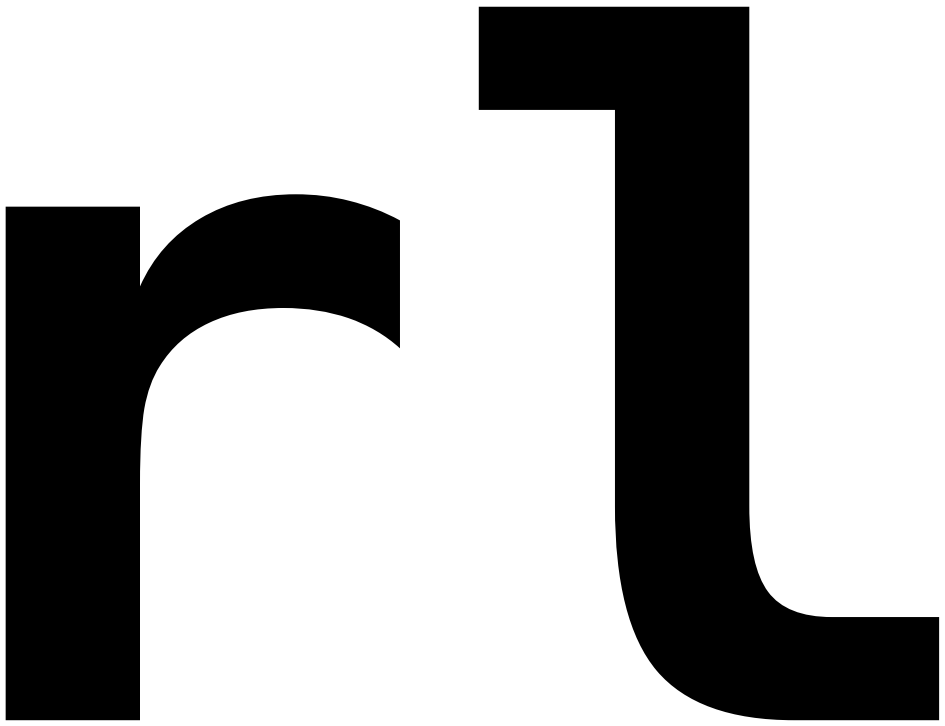


ch

e

un

te



ie

ge

n



vi

el






ht



t

Au

sn

ah

me

de

r




rt

SC

ha



sp

ol


it





en

ge

n

Si

n n



hä




ig



de

r

id

eo

lo

gi

SC

he

n

Au

se



an

de

rs

et

zu

ng

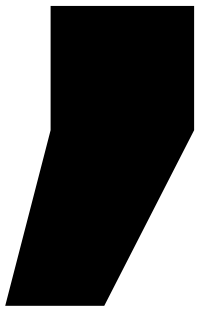


t



nk

en




we



sí

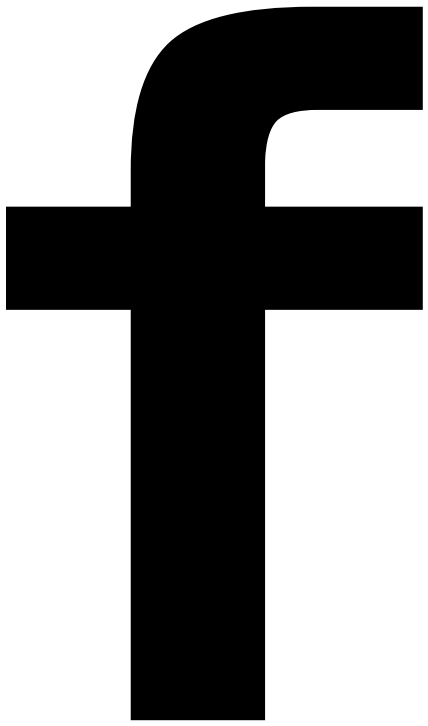
e

de

n

Ka

mp



de

r

Id

ee

n,




sb

es

on

de

re

di

e


Be

SC

hä




ig

un

g



t

de

n

Gr

un

ds

ät

ze

n

un

d

de

r

Ge

SC


hi

ch

te

de

r

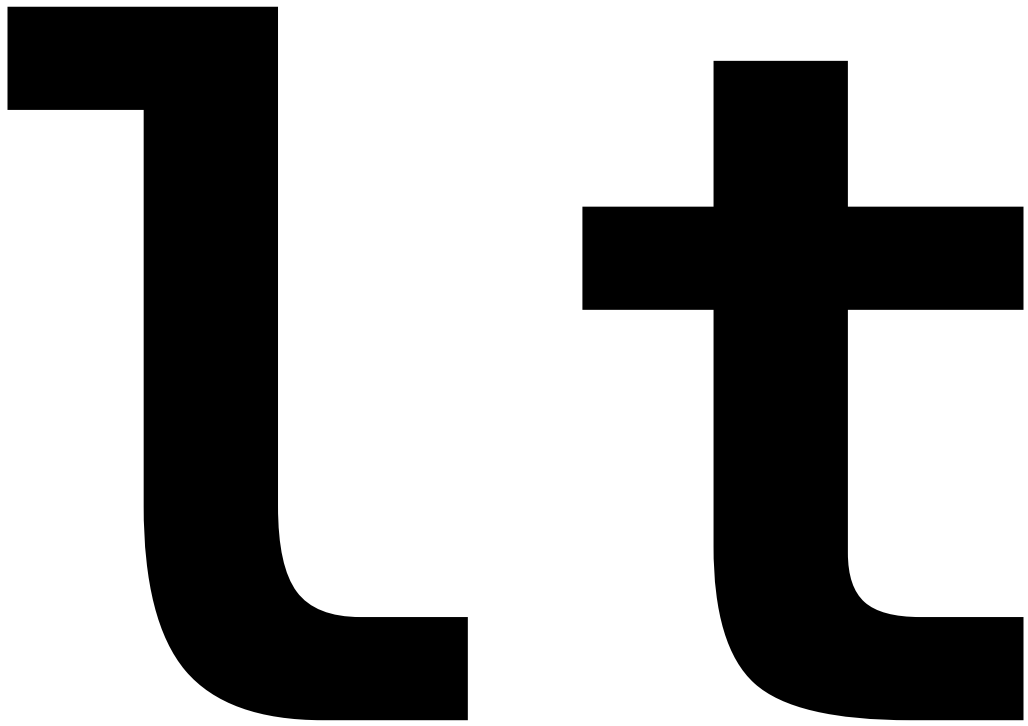
ei

ge

ne

n

we



an

SC

ha

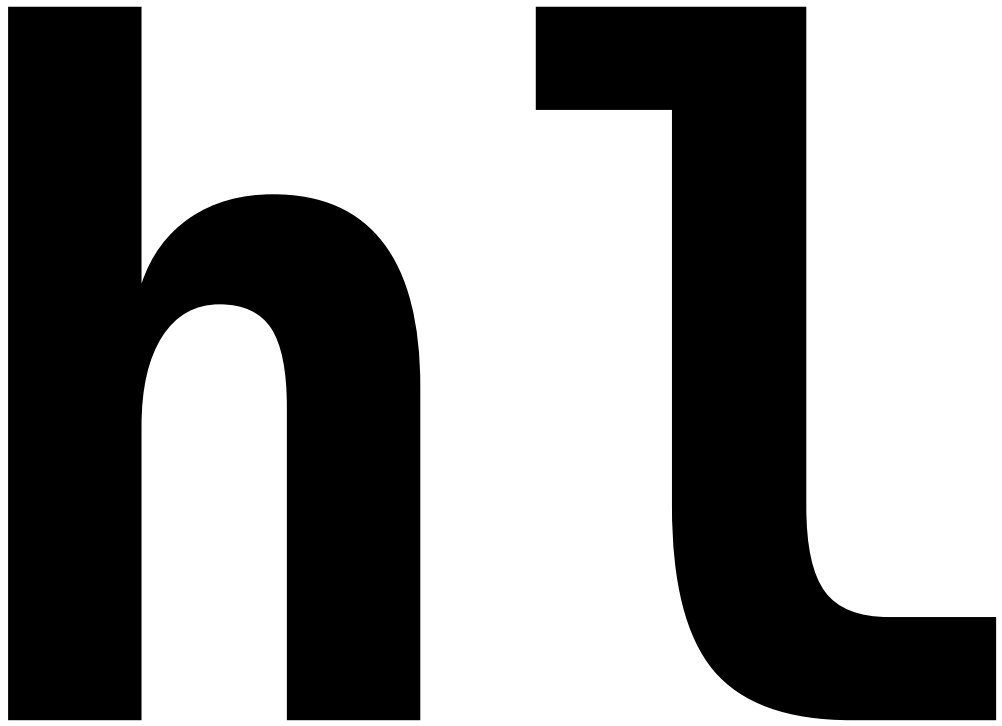
u u

ng

ve

rn

ac





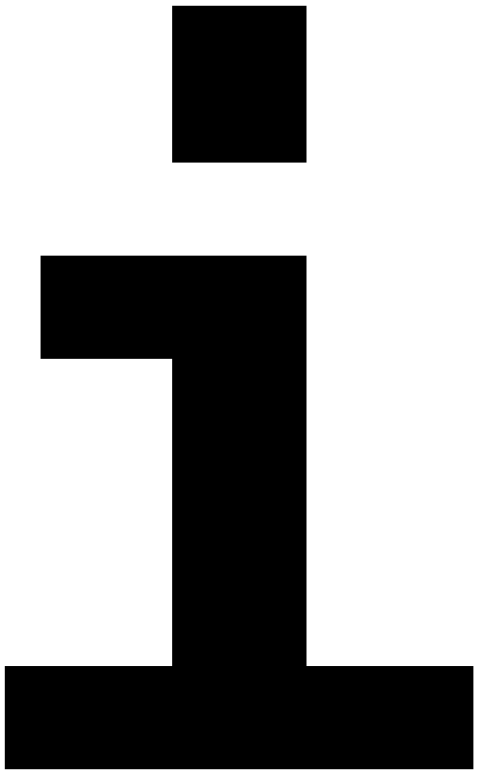
sí

ge

n



se



es

au

S


Ac


ht

lo

sí


gk

ei

ţ,


Ho

ch

mu

t

od

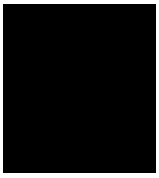
er

Fa

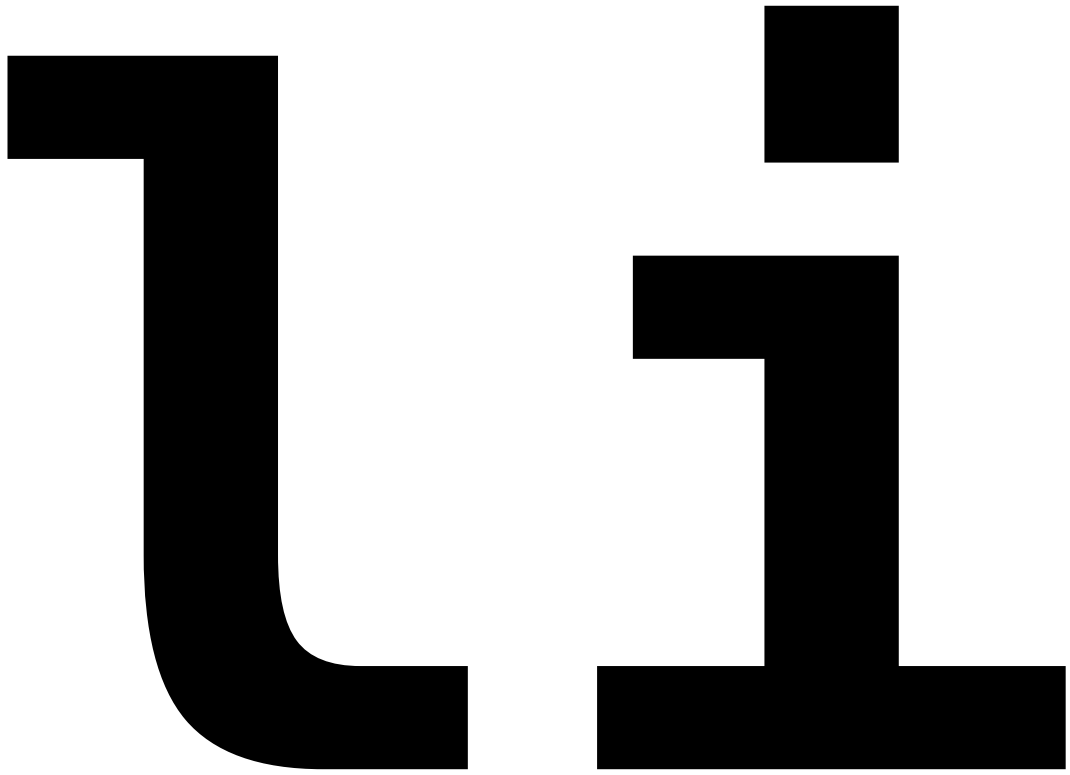


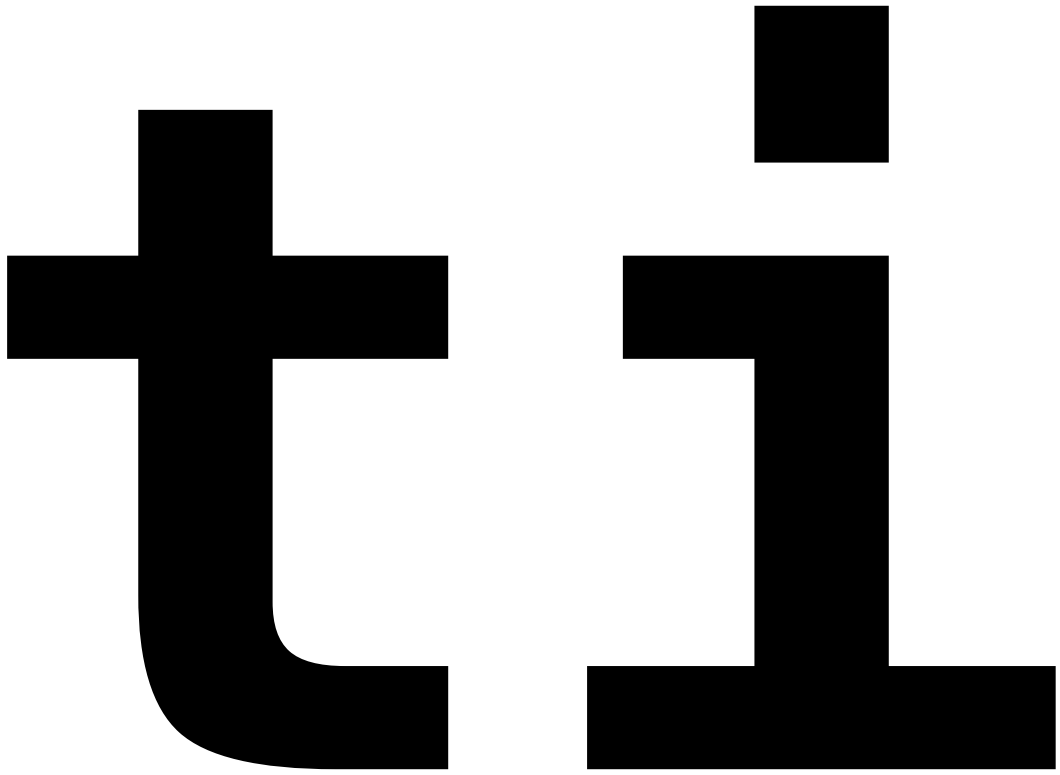
he


it



Po





SC

he

Te

rr

ai

nv

er

lu

st

e,

wi

e

wi

r

sí

e

he

ut

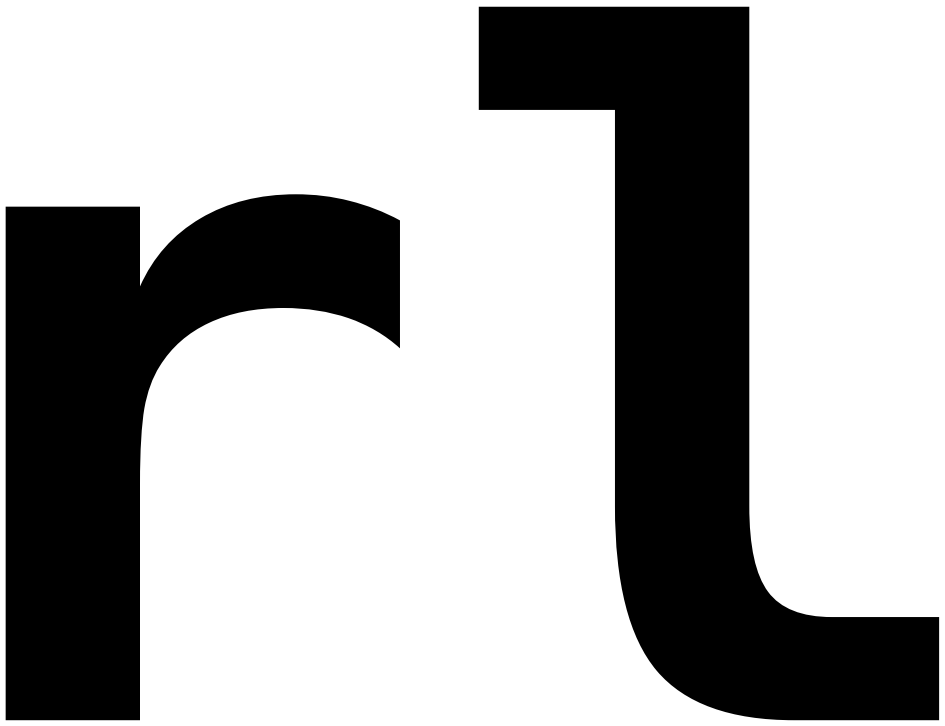
e



de

n

Pa




am

en

te

n,

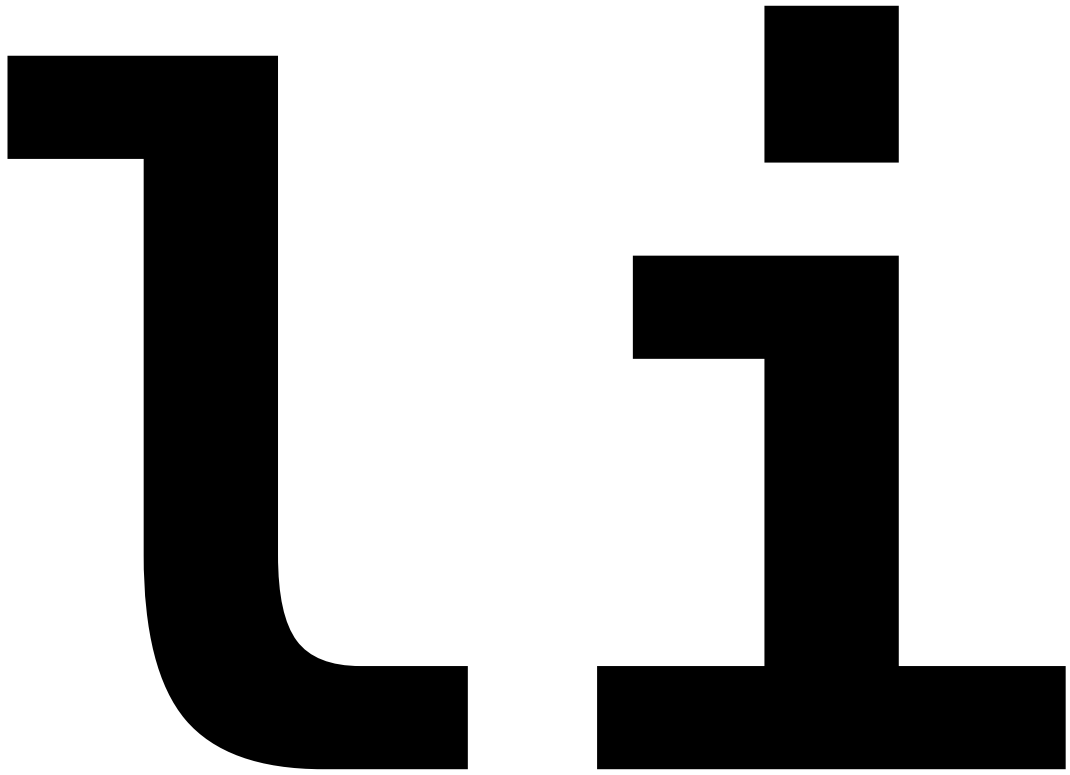
de

r



fe

nt



ch

en

Ve


rw

al

t u

ng

un

d

de

n

Ge



ch

te

n,

be

is

pi

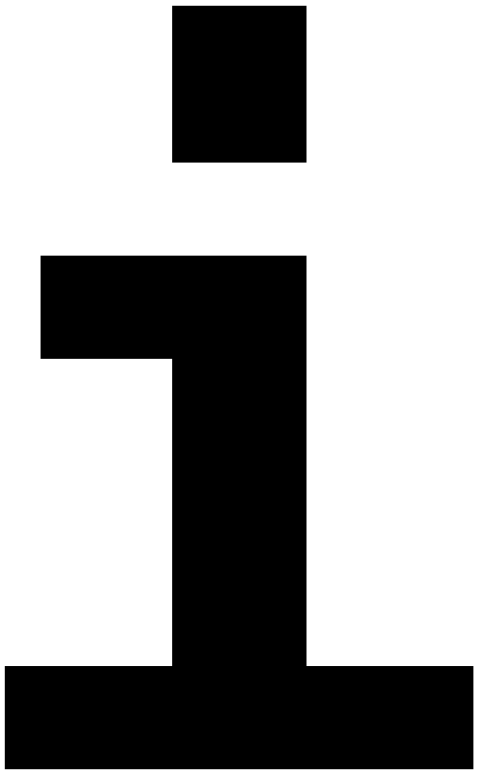
el


SW

ei

se

be



de

r

En

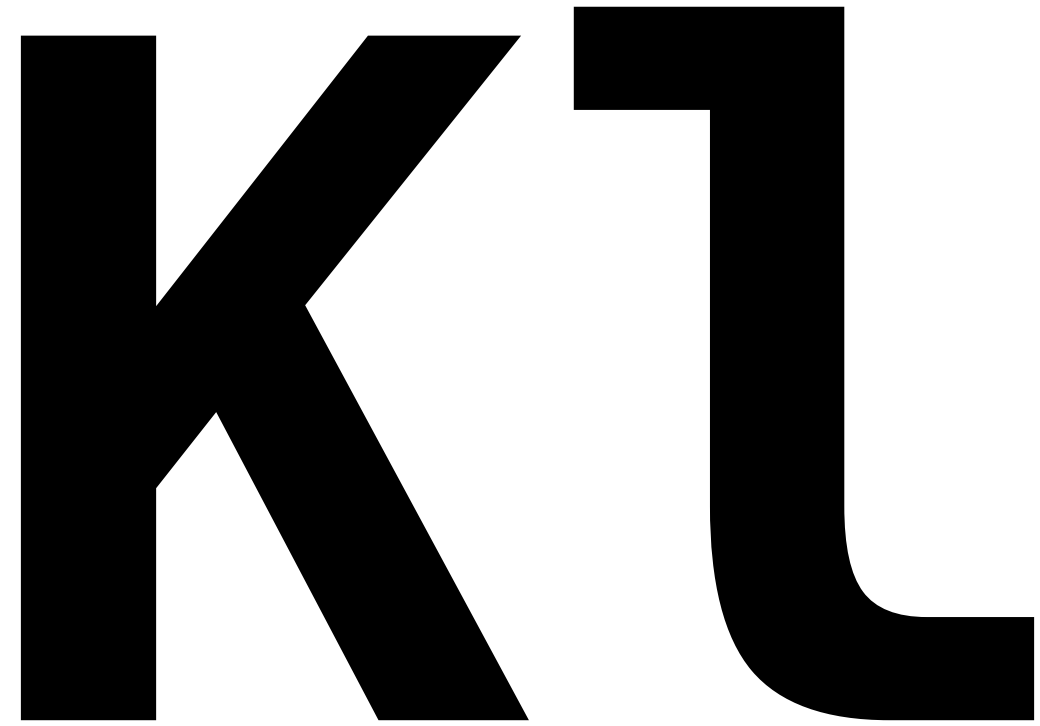
er

gi

e-

un

d





ap

ol


it



fe

st

st

el



n,

sí

nd

di

e

lo

gi

SC

he

Fo



e.

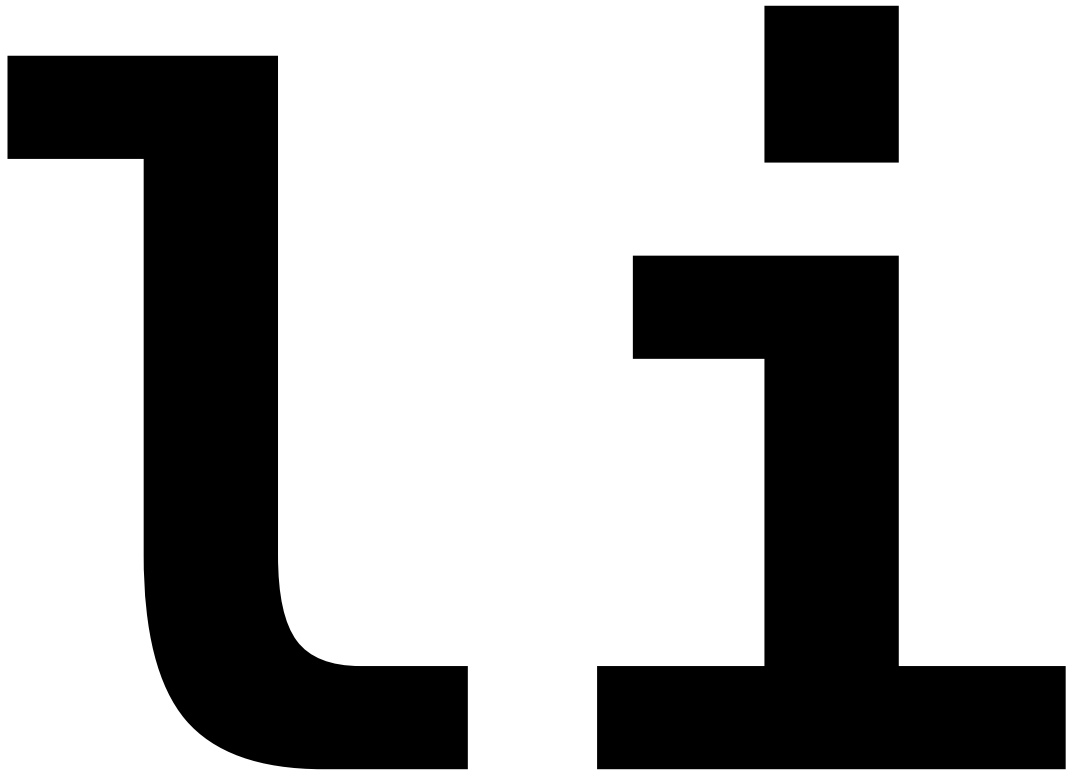
we

n n

Bü

rg

er



ch

e



ch

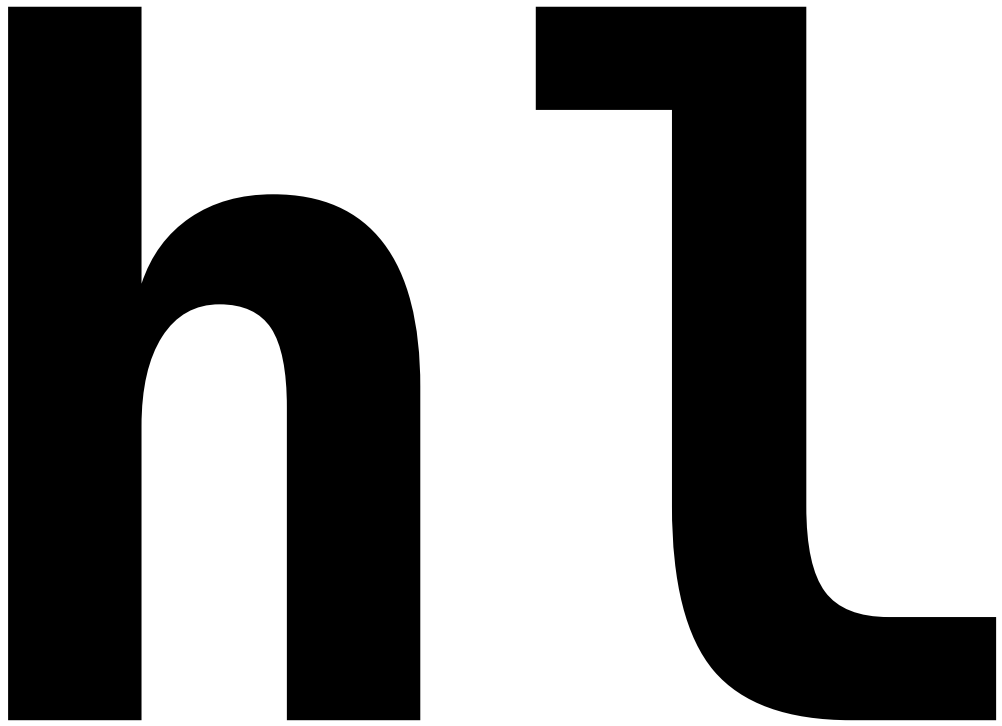
t

n u

r

ge

wä

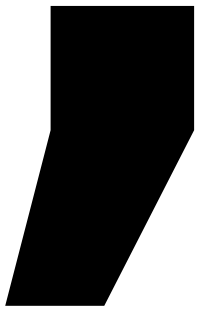


t


we

rd

en



SO

nd

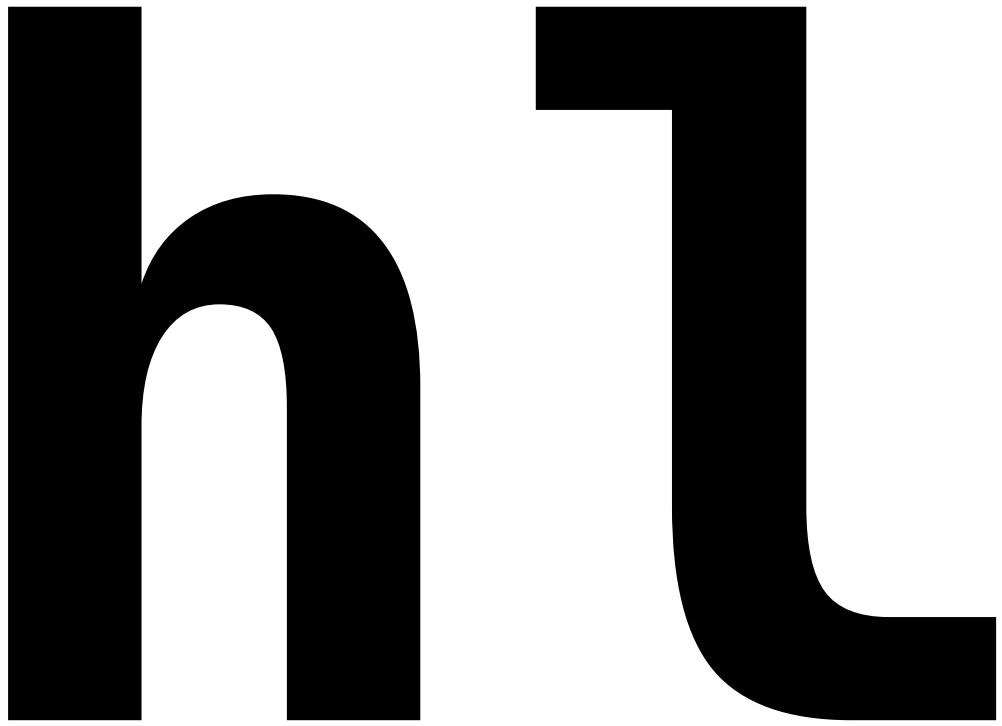
er

n

ta

ts







h

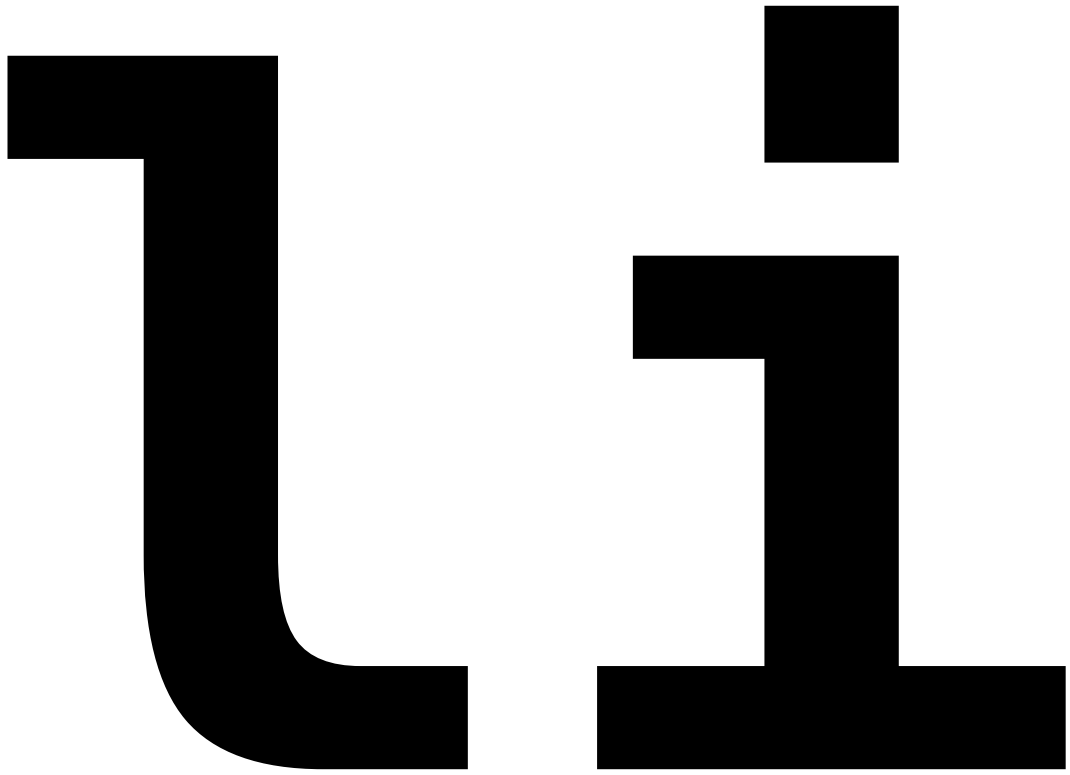
ei

ne

bü

rg

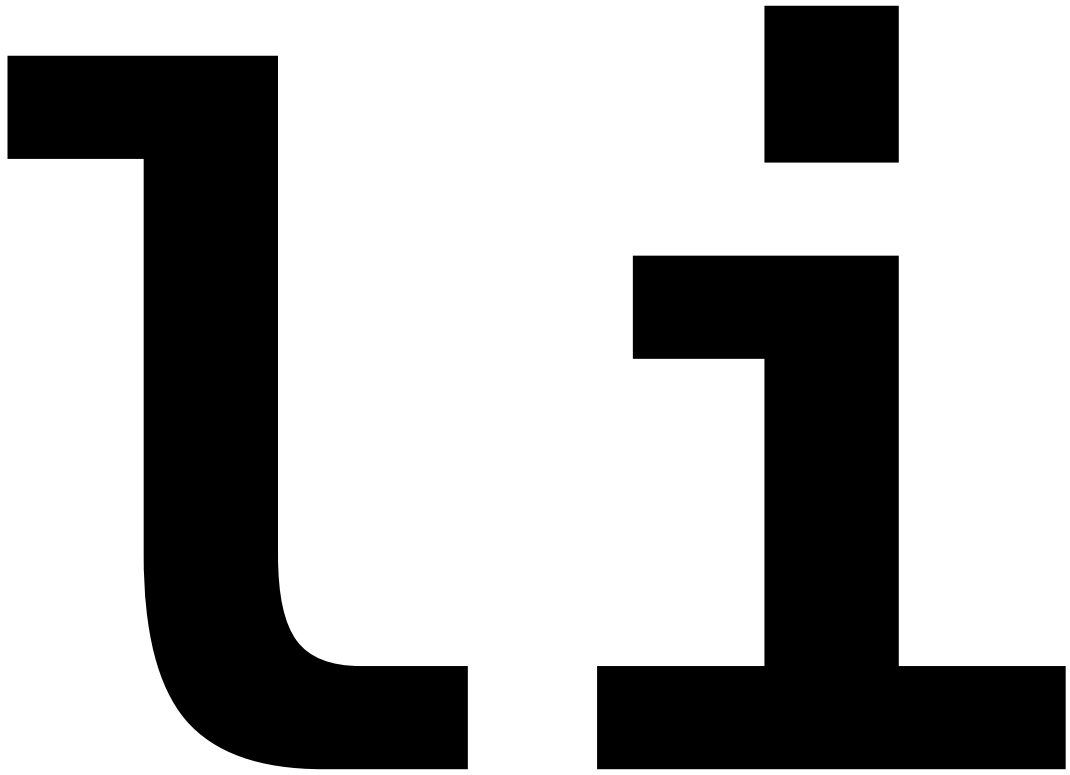
er

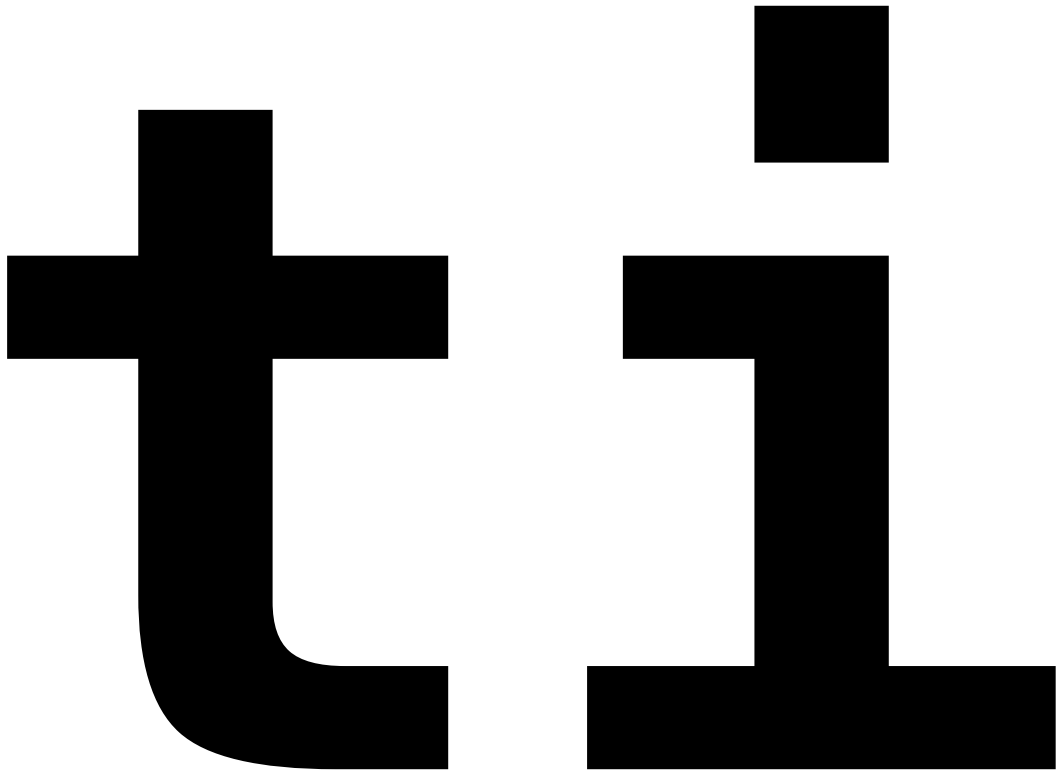


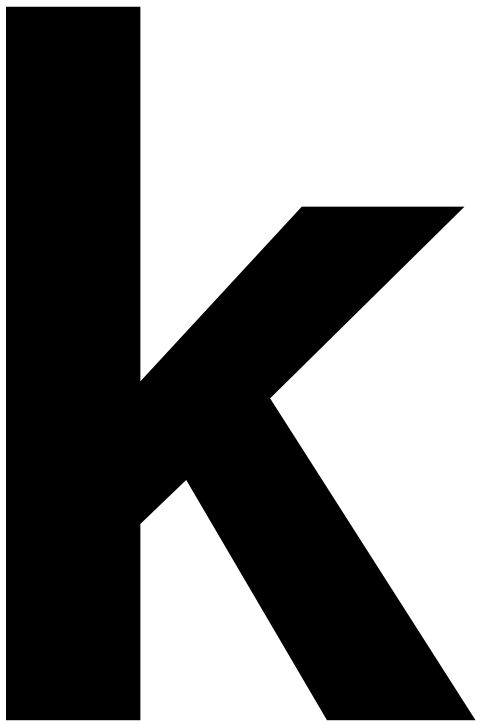
ch

e

Po



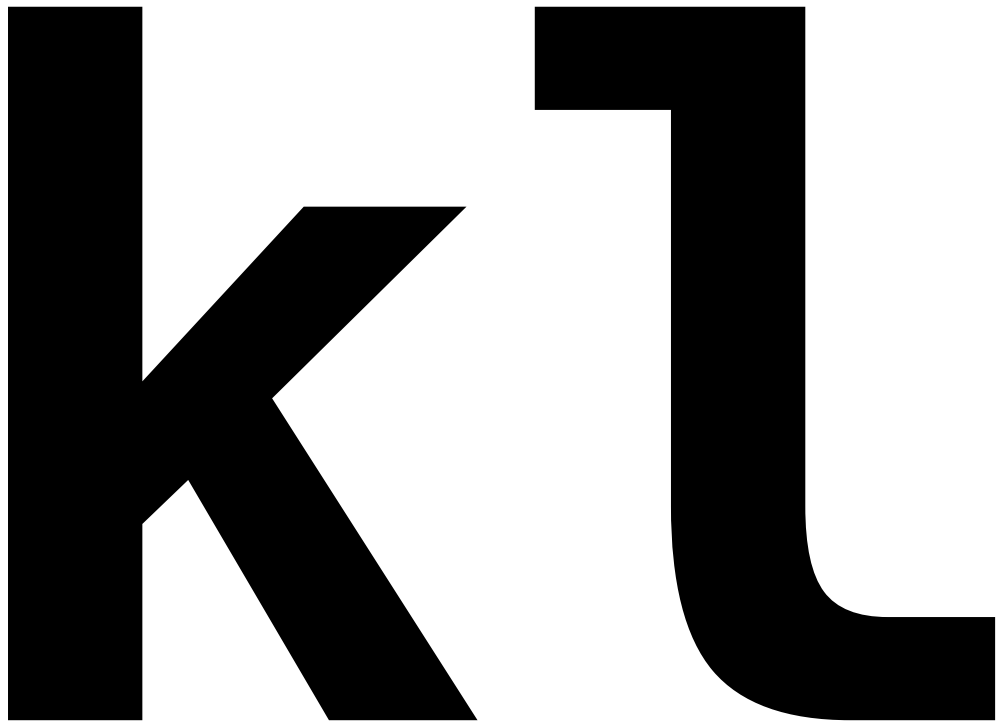




ve


rw







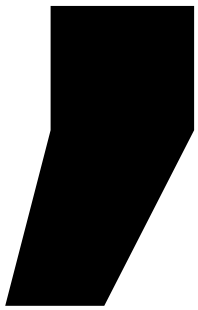
he

n

WO



en



da

n n

dü



en

sí

e

de

r

id

eo

lo

gi

SC

he

n

Au

se



an

de

rs

et

zu

ng



ch

t

au

S

de

m

we

g

ge

he

n,

SO

nd

er

n

SO



te

n

di

es

e

na

ch

ge

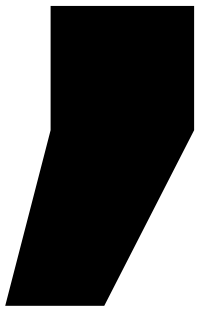
ra

de

su

ch

en



um



re

n



er

ze

ug

un

ge

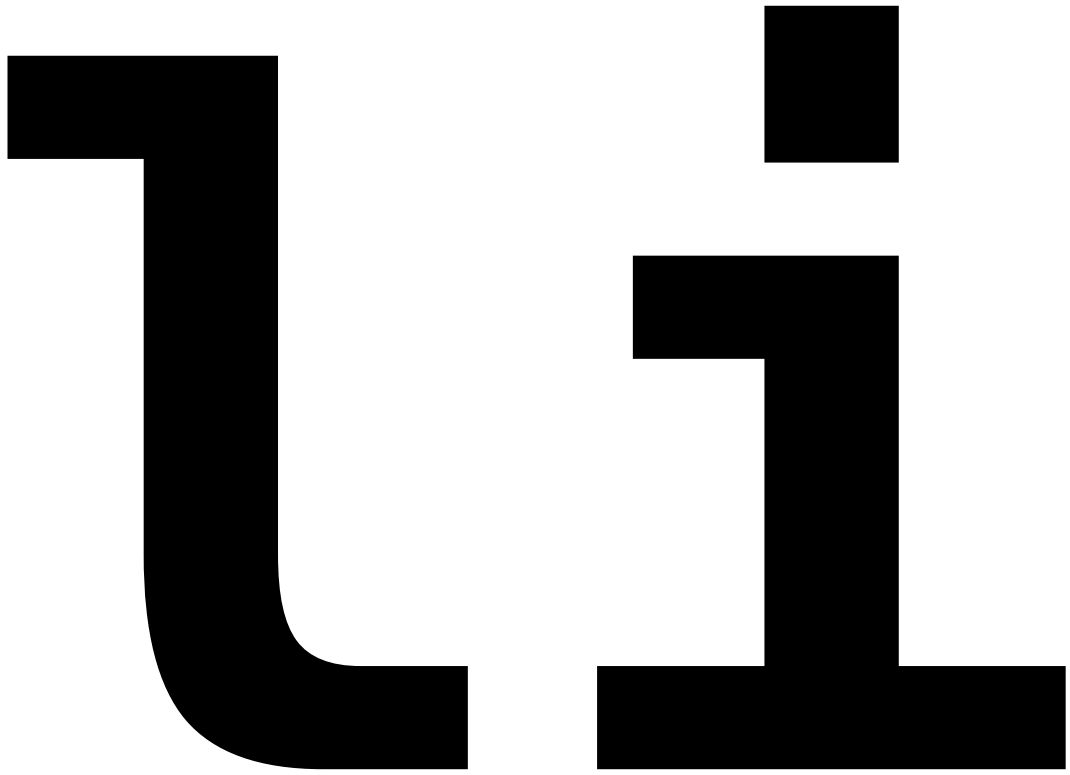
n

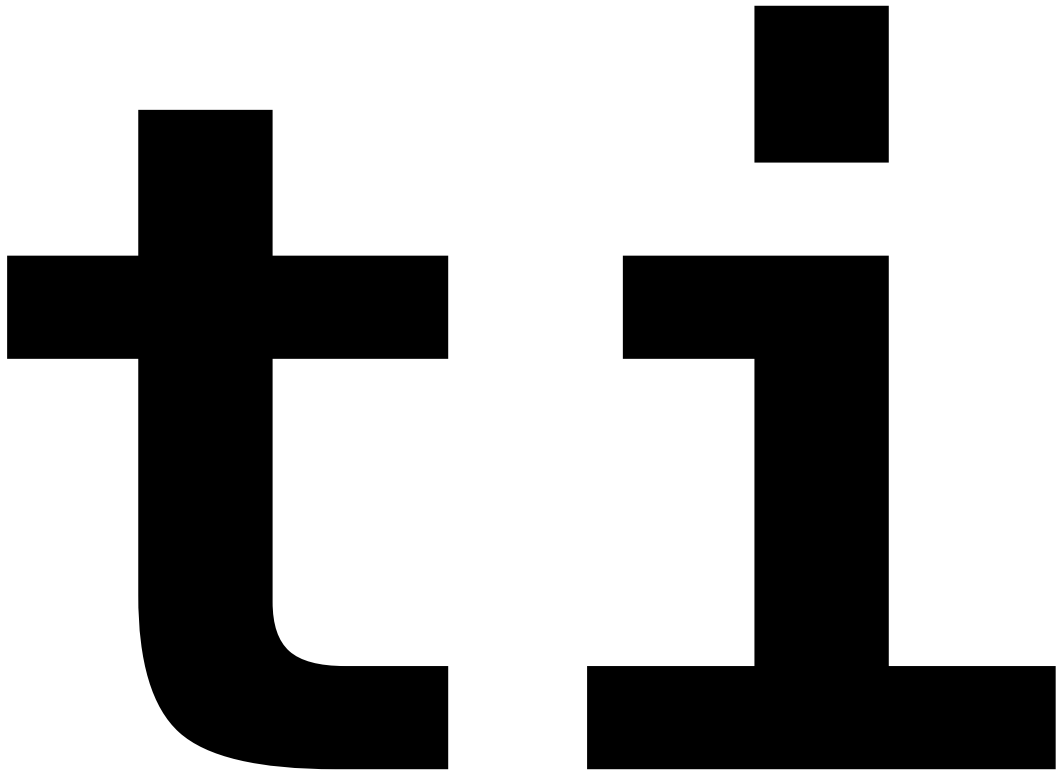


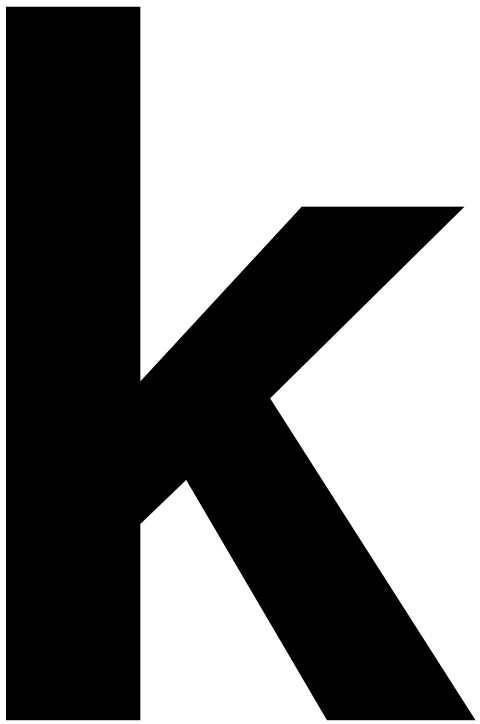
de

r

Po







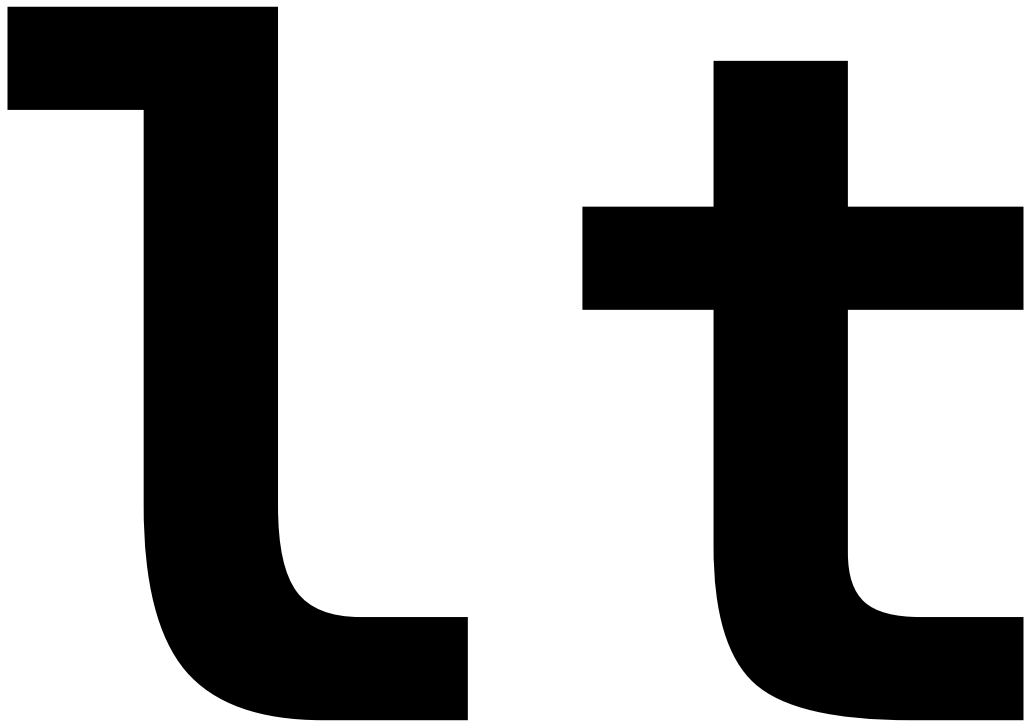
un

d

de

r

Ku



ur




rk

un

g

zu

ve

rs

ch

af

fe

n.


Zw

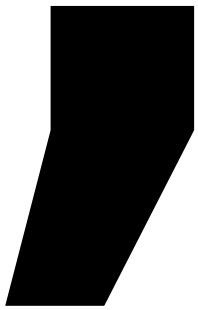
ar

st




mt

es



da



Id

ee

n



ch

t

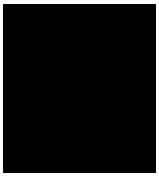
sa

tt

ma

ch

en



Id

ee

n

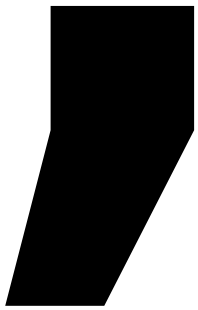

ab

er

sí

nd

es



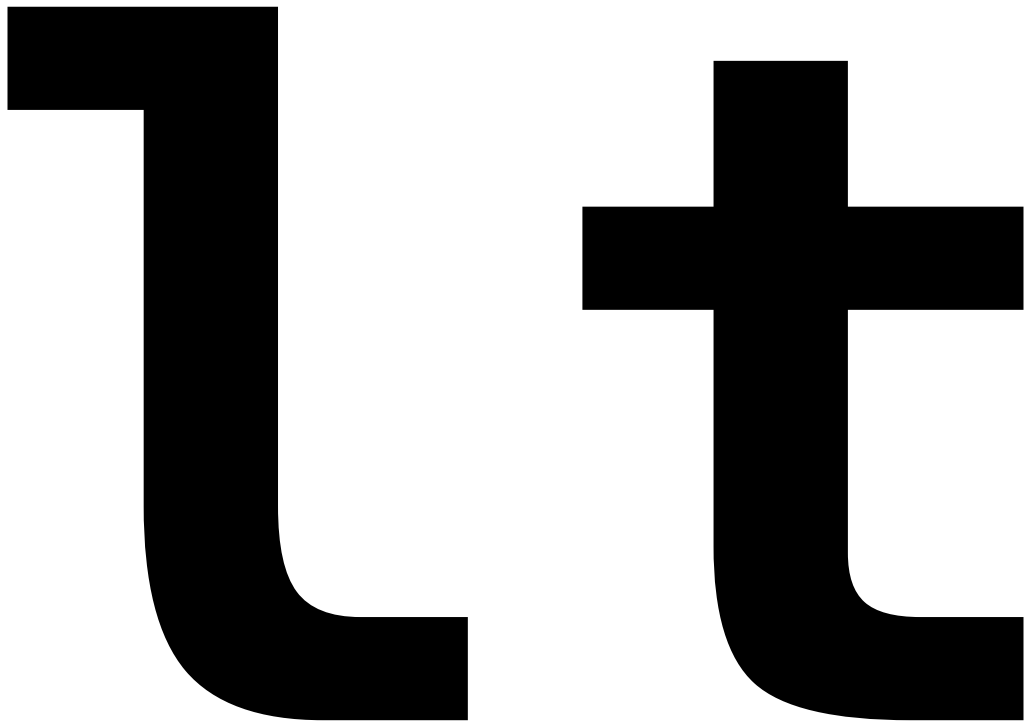
di

e

di

e

we

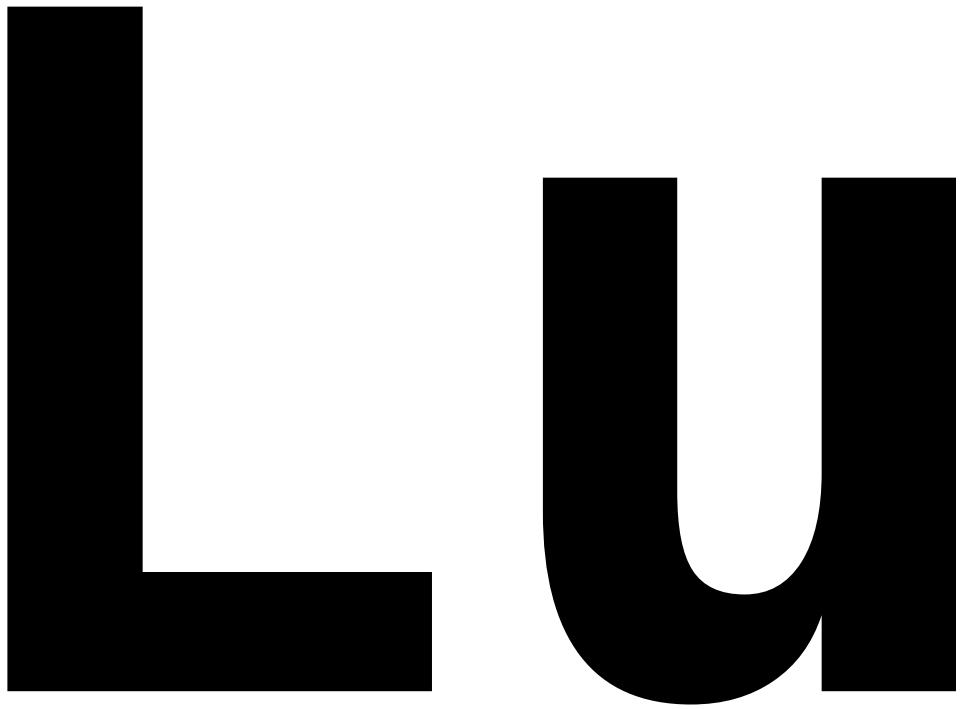


be


we

ge

n.


Lu

ka

S

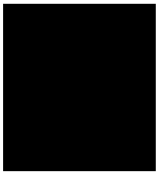
we

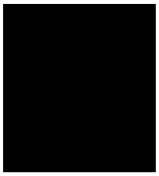
be

r

(a

us





Ba


sl

er

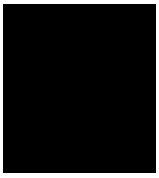
ze


it

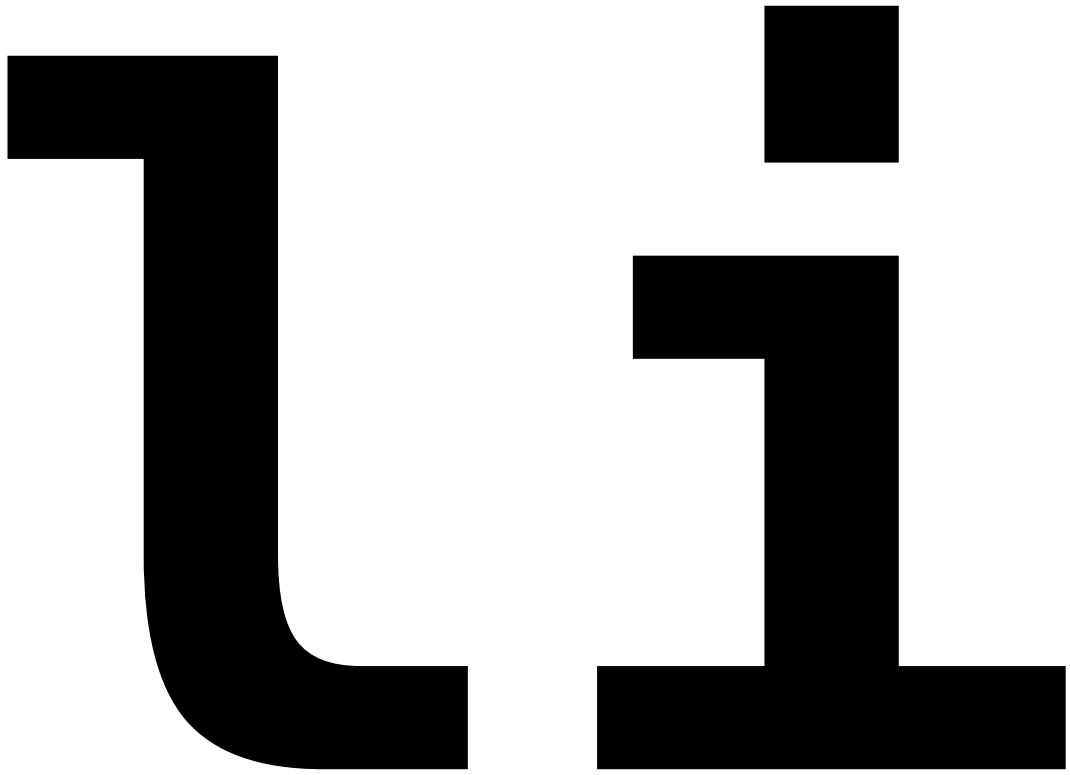
un

g,

14



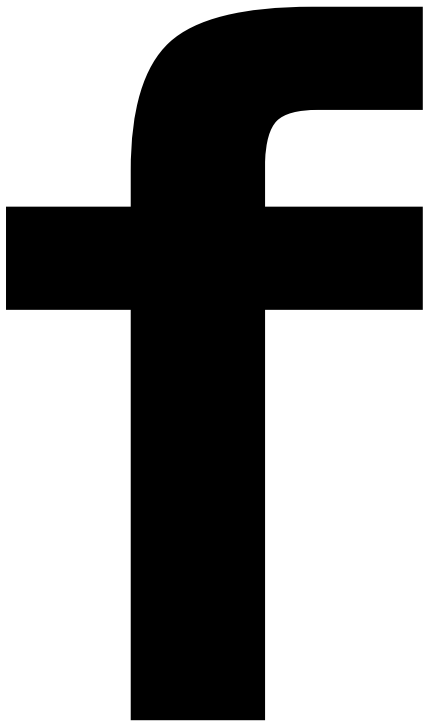
Ju



20

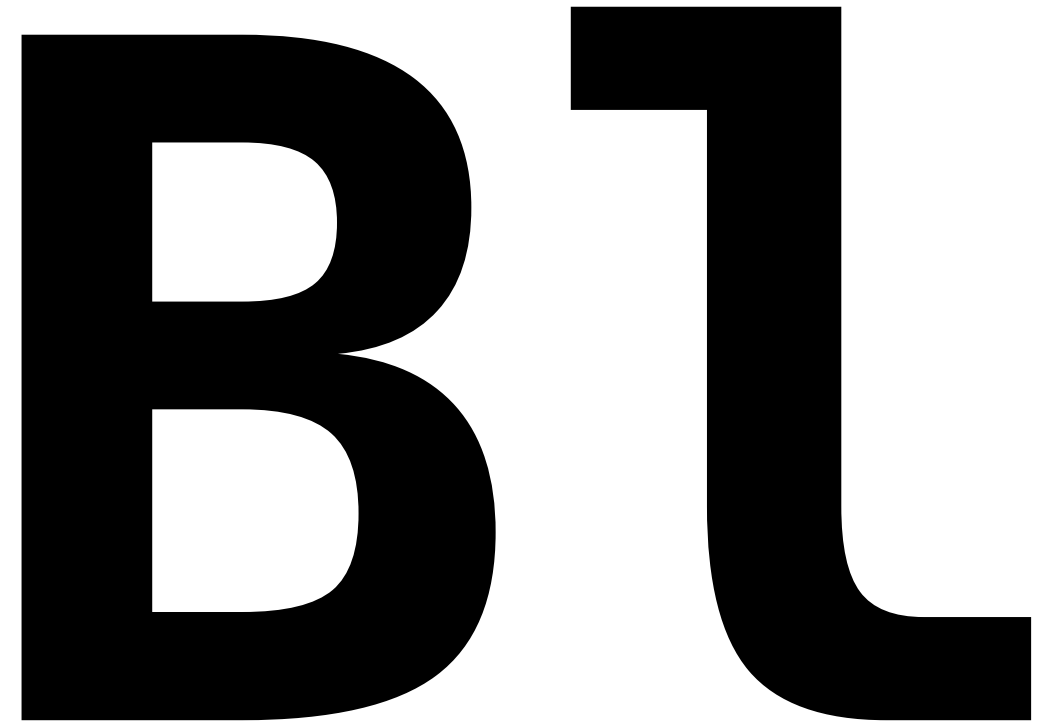
16

au



de

m


Bl

og

de

S

Au

to

rs


hi

er

)